



Antrag

der Gemeinderatsklub der Grünen-ALG

eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 3. Juli 2014

von

GR Nivaldo Vargas

Betrifft: Ausbau der Schulsozialarbeit in Graz

Das Schuljahr 2013/2014 geht für die Grazer SchülerInnen morgen zu Ende. Ein guter Anlass, um in Erinnerung zu rufen, dass der Bedarf an Schulsozialarbeit nach wie vor in unseren Schulen sehr hoch ist und durch das bestehende Angebot nicht abgedeckt werden kann.

Die Wiedereinführung der Schulsozialarbeit, die in der letzten Gemeinderatsperiode erfolgte, ist ja durchaus eine Erfolgsgeschichte. Sowohl LehrerInnen, als auch Eltern und Kinder begrüßen dieses Angebot und nehmen es sehr gut an. Damit SchülerInnen sich auf die Schule konzentrieren und diese erfolgreich absolvieren können, brauchen sie einen guten sozialen Rahmen. Die Eltern wiederum sollten in den Schulalltag ihrer Kinder einbezogen und bei der Sicherstellung dieses Rahmens für ihre Kinder unterstützt werden. Das alles kann nicht von den LehrerInnen allein geleistet werden. Die Schulsozialarbeit ist hier eine professionelle Partnerin, die rasch und niederschwellig SchülerInnen und Eltern zur Seite stehen und gemeinsam mit den LehrerInnen an Problemlösungen arbeiten.

Graz kann sich nicht mit der Neueinführung der Schulsozialarbeit an den bisherigen Standorten zufriedengeben. Natürlich muss kritisiert werden, dass Bund und Land die Gemeinden hier viel zu wenig unterstützen, aber wir sollten alles tun, um Schritt für Schritt das Angebot der Schulsozialarbeit, das sich erwiesenermaßen gut bewährt hat, auf alle Grazer Pflichtschulen auszudehnen.

Deshalb stelle ich im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner wird beauftragt

- den Bedarf an Schulsozialarbeit zu überprüfen und eine Priorisierung für den Ausbau vorzunehmen
- Verhandlungen sowohl mit dem zuständigen Landesrat als auch mit dem Ministerium bezüglich einer Aufstockung der Fördermittel für den Ausbau der Schulsozialarbeit aufzunehmen
- städtische Finanzierungsmöglichkeiten für den Ausbau der Schulsozialarbeit zu prüfen
- sowie dem Bildungsausschuss des Gemeinderates bis Oktober 2014 über den Stand der Verhandlungen und die Ergebnisse zu berichten